

Laibacher Zeitung.

Nr. 112.

Pränumerationspreis: Am Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Anstaltung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7-50.

Donnerstag, 17. Mai.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1877.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplome dem pensionierten k. k. Oberstabsarzt erster Klasse Dr. August Willerding als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse in Gemäßheit der Ordensstatuten den Ritterstand allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 11. Mai d. J. dem Bürgermeister Franz Jordan in Bodenbach in Anerkennung seines gemeinnützigen Wirkens das Ritterkreuz des Franz Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 7. Mai d. J. dem Grundbuchsführer Mathias Aichenbrenner in Zičin, aus Anlaß seiner Versetzung in den bleibenden Ruhestand, in Anerkennung seiner vieljährigen pflichttreuen Dienstleistung das goldene Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Der k. k. Landespräsident hat den Conceptspraktikanten Ludwig Markgrafen von Marenzi zum provisorischen Regierungseconclisten in Krain ernannt.

Die k. k. Finanzdirection für Krain hat die Steueramtspraktikanten Friedrich Martinčič, Wilhelm Knifz, Leopold Apč, Anton Roschar, Bartholomäus Rilar und Franz Saic zu Steueramtsadjuncten in der ersten Rangklasse ernannt.

Laibach am 3. Mai 1877.

k. k. Finanzdirection für Krain.

Am 15. Mai 1877 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slowenische, kroatische und romanische Ausgabe des X. und XI. Stückes des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet, von denen das erstere am 28. April 1877 und das letztere am 12. Mai 1877 in der deutschen Ausgabe erschienen ist.

Das X. Stück enthält unter

Nr. 25 das Gesetz vom 7. April 1877, betreffend den Verkauf der Braunau-Strahwalchener Eisenbahn durch den Staat;

Nr. 26 das Gesetz vom 9. April 1877, womit die Bestimmungen des Anhanges der Reichsraths-Wahlordnung in betreff der Wahlbezirke in Oesterreich unter der Enns: „d. Landgemeinden, 3. 9“, abgeändert wird;

Nr. 27 das Gesetz vom 9. April 1877, womit die Bestimmungen des Anhanges der Reichsraths-Wahlordnung in betreff der Wahlbezirke in Galizien mit Krakau: „d. Landgemeinden, 33. 12 und 17“, abgeändert werden;

Nr. 28 das Gesetz vom 9. April 1877, womit die Bestimmungen des Anhanges der Reichsraths-Wahlordnung in betreff der Wahlbezirke in Böhmen: „d. Landgemeinden, 33. 1 und 14“, abgeändert werden;

Nr. 29 die Rundmachung des Finanzministeriums vom 9. April 1877 in betreff der Bereinigung des k. k. Hauptzolamtes in Krakau mit der Abtheilung desselben auf dem Nordbahnhof in Krakau;

Nr. 30 das Gesetz vom 14. April 1877, betreffend die Eröffnung von Spezialkrediten für das Jahr 1877 zu Zwecken des Staats-Eisenbahnbaues.

Das XI. Stück enthält unter

Nr. 31 die Verordnung der Ministerien des Innern, der Justiz und des Handels vom 11. Mai 1877, womit die von den Behörden und den Angehörigen der Monarchie während des zwischen Rußland und der Türkei ausgebrochenen Krieges hinsichtlich des Handels und der Schifffahrt zu beobachtenden Grundsätze kundgemacht werden.

(Wt. Ztg. Nr. 110 vom 15. Mai 1877).

Nichtamtlicher Theil.

Zur Steuerreform.

(Schluß.)

Abg. Wolfrum bemerkte, daß durch die Vorschläge des Abg. Auspitz das Wahlrecht verfeinert würde. Das sei nicht zu wünschen; wenn eine Erweiterung des Wahlrechtes stattfinden, so sei das noch kein Unglück. Von Zuschlägen, Extra-Ordinarium u. s. w. möge man absehen und die Steuerreform nur perfect machen, damit die Steuerträger zufriedener werden. Es könne dann nöthigenfalls durch Aenderung der Wahlordnung allfälligen Bedenken begegnet werden.

Abg. Furtmüller erklärte, daß er nicht die Besorgnisse theile, welche gegen die Steuerreform vom politischen Standpunkte ausgesprochen wurden.

Abg. Dr. Schupp machte dagegen mannigfache Bedenken bezüglich der Erweiterung des Wahlrechtes geltend.

Abg. Dr. Heilsberg: Die drei Wahlkörper sind ein so conservatives Sicherheitsventil, daß hiedurch alle Bedenken beseitigt werden; wir können unbeforgt den Consequenzen der Steuerreform auf die Wahlergebnisse entgegengehen.

Abg. Neuwirth: Eine einheitliche Regelung der Wahlfrage durch die Landtage ist nicht zu erwarten. Ich war immer der Meinung, vorerst den Kataster zu machen und einzuschätzen. Wenn jeder, der 400 fl. Einkommen hat, politische Rechte besitzt, so ist das eine Etappe zum allgemeinen Stimmrechte. Das Sicherheitsventil der Wahlkörper wird im Wege dieser Steuerreform beseitigt, denn es findet eine bedeutende Verschiebung von einem zum anderen Wahlkörper statt.

Referent Dr. Beer schließt sich den Ausführungen des Abg. Neuwirth an. Er theilt jedoch nicht die Ansicht, daß die Personal-Einkommensteuer einen bedenklichen Effect machen werde, eher sei dies von der Erwerbssteuer zu fürchten.

Se. Excellenz Minister Freiherr v. Lasser: Ich bin bekanntlich ein Conservativer; ich habe aber lange nicht die Angst vor den Folgen der Steuerreform in Bezug auf den Wahlsensus, wie mancher, der gegen seine Bezeichnung als Conservativer protestieren würde. Ich glaube in der That, Sie könnten sich auch beruhigen. Wenn meine Andeutung, eine Quote der künftigen Steuern als Extra-Ordinarium gelten zu lassen, acceptiert wird, dann brauchen wir vielleicht gar kein weiteres Landesgesetz, oder doch gewiß nicht an alle siebenzehn Landtage zu gehen.

Abg. Freiherr v. Dobhoff richtete an die Regierung die Anfrage, wie sich die Kompetenz der Gemeinden und Landtage bezüglich der Zuschläge stellen werde, wenn die Steuerreform durchgeführt wird.

Se. Excellenz Freiherr v. Lasser: Eine andere Frage betrifft die Kompetenz der Gemeinden, der Bezirke, der Landesvertretungen bezüglich der Dotierung von Zuschlägen zu den Steuern. Vielleicht befürchtet man, daß besonders die Gemeinden infolge der Steuerreform ein über die Gebühr ausgedehntes Zuschlagsrecht erlangen. Ihm scheine auch hier die Besorgnis größer, als begründet ist. Bei den Landtagen, welche auf einem höheren Standpunkte stehen, und darauf, daß nicht mehr verpfichtet sind, ist das Bedenken jedenfalls ein geringes. Die Gemeinden aber haben in den meisten Ländern nur das Recht zu 15 bis 20 Prozent Umlagen auf die directen Steuern, und da kann die Steuerreform sehr empfindliche Steigerungen wol nicht zur Folge haben. Bei indirecten Steuern nimmt auch die Finanzverwaltung einen Einfluß, daß man nicht zu weit geht. Se. Excellenz meint, das Bedürfnis einer Aenderung der Gemeindegesetze bezüglich der Zuschlagskompetenzen werde nicht eintreten. Sollte es aber die Erfahrung anders lehren, so werde der betreffende Landtag gewiß den Willen dazu und das Verstandnis haben; die Mitwirkung der Regierung in solchem Falle sei sicher. Zweckmäßig wäre es übrigens vielleicht, wenn Zuschläge bloß zu den Ertragssteuern, welche nicht so variabel sind, gestattet werden, wie der Ausschuss ohnehin schon beschlossen hat.

Auf Antrag des Abg. Auspitz wurde hierauf in das Formulare des Einkommensteuer-Bekennnisses statt der Bezeichnung „Einschätzungsdistricte“ „Einschätzungsbezirke“ aufgenommen.

Feuilleton.

Die Unterwässerung der Sahara.

Von Gerhard Rohlf.

(Schluß.)

Aber, wird der Leser fragen, falls eine Unterwässerung der Sahara unmöglich ist, wie in aller Welt können derartige Projekte immer und immer wieder die Zeitungen durchlaufen? Ehe wir die Antwort darauf geben, untersuchen wir die Depressionen, welche einer Unterwässerung überhaupt fähig sind. Da finden wir denn, soweit uns bis jetzt die Sahara bekannt ist, nur zwei. Nämlich zuerst die südlich vom sogenannten libyischen Küstenplateau oder die, welche sich von der großen Syrta bis zur Dase des Jupiter Ammon erstreckt, und dann die, welche südlich von Tunesien und der Provinz Constantine in Algerien liegt.

Was die erstere anbelangt, so würde die Unterwässerung keineswegs einen Vortheil ergeben. Falls es gelänge, mittelst eines Durchstiches aus der großen Syrta das Wasser in diese Depression hineinzulassen — die außerordentliche Verdunstung soll hierbei gar nicht erörtert werden, — würde man einen schmalen Wasserstreifen, eine Wasserzunge schaffen, welche absolut für die angrenzenden Länder ohne Werth wäre. Denn im Süden befinden sich hohe Sanddünen und im Norden das nur spärlich mit Vegetation bedeckte libyische Küstenplateau. Von Unterwässerung dieser Depression ist auch ernstlich nie die Rede gewesen.

Anderer verhält es sich mit der im Süden von Tunesien und Constantine gelegenen, welche wissenschaftlich zuerst vom französischen Genie-Offizier Hauptmann

Roudaire nachgewiesen worden ist. Daß diese Depression in der That existiert, darüber herrscht kein Zweifel mehr, und daß der Südrand von Tunesien und Constantine bedeutend an Werth gewinnen würde, wenn er, anstatt an die Wüste zu grenzen, sich auf einen schiffbaren Meerbusen öffnen würde, liegt klar auf der Hand. Und es ist diese Depression daher auch ebenso gründlich besprochen wie untersucht worden. Nicht nur die Franzosen unternahmen dahin eine zweite Expedition, an der sich außer Roudaire der bedeutende Afrikareisende Henri Duveyrier betheiligte, sondern auch Italien glaubte die Gegend explorieren lassen zu müssen.

Italien hat in der That seit langer Zeit sein Augenmerk auf Tunesien geworfen, und falls jemals die Staaten an der Nordküste von Afrika zur Vertheilung kommen sollten, was bei einem eventuellen Zusammenbruch des ottomanischen Reiches gar nicht unwahrscheinlich wäre, so würde sich die Regierung von Rom gewiß beeilen, das alte Karthago wieder zu besetzen.

Die Expedition der Italiener unter dem berühmten Marquis Antinori, welcher augenblicklich in Schoa sich befindet, hat nun eigentlich ein negatives Resultat ergeben, jedoch weniger aus physikalischen als aus ökonomischen Gründen. Die Herstellung eines algerinischen Binnenmeeres würde nach der Ansicht des italienischen Gelehrten weit mehr als 300 Millionen Francs kosten. Hinterher hat Roudaire freilich die Einwände der italienischen Gelehrten in einer Sitzung der Pariser geographischen Gesellschaft zu widerlegen versucht und die beiden Herren Abbadi und Lefseps unterstützten ihn darin; aber verschiedene Private haben später die „Schotta“ im Süden von Algerien untersucht, namentlich der österreichische Berggrath Stache. Und dieser kam, wie der Geologe Fuchs, als er 1875 die kleine Syrta

befuchte, zur Ueberzeugung, daß dem Roudaire'schen Projekt keine Aussicht auf Erfolg winkt. Aus dem einfachen Grunde, weil der 60 bis 100 Meter über dem Meeresspiegel sich erhebende Querriegel oder Bergdamm, welcher den jetzigen Golf von Gabes vom großen Schottgebiet trennt, nicht, wie man vermuthet hatte, aus Sanddünen, sondern festem Gestein besteht. Auch nach Stache würde ein Durchstich 300 bis 400 Millionen Francs erfordern.

Würde nun der aus einer Inundation entspringende Nutzen den Kosten entsprechen? Wir glauben kaum. Ganz unerfindlich ist uns aber, wie Lefseps in seinen Vorträgen von einer Unterwässerung der Sahara reden kann; denn wenn wirklich die Schotta im Süden von Tunis-Constantine unter Wasser gesetzt würden, so würde im Verhältnis zur Sahara kein größerer Raum davon mit Wasser bedeckt werden, als wenn etwa von Europa das Herzogthum Meiningen inuncliert würde. An eine allgemeine Unterwässerung der Sahara ist aber gar nicht zu denken. Es ist das eine vollkommene Unmöglichkeit. Wir ersehen aber aus Vorsehendem, daß die Unklarheit hierüber hauptsächlich den Franzosen zuzuschreiben ist, welche es gestatteten, daß Männer wie Lefseps von einer „Unterwässerung der Sahara“ reden, während es heißen müßte: Inundation der tunesischen und algerinischen Schotta.

Daß freilich in der Geographie wirklich bewanderte Franzosen durch die unklare Ausdrucksweise Lefseps' sich nicht haben verleiten lassen, an eine Unterwässerung der Sahara zu glauben, erhellt aus dem Dictionnaire géographique von Vivien St. Martin, indem derselbe ausdrücklich sagt: „Das Niveau des Sudans und der Sahara zeigen keinen bedeutenden Unterschied; die Sahara bildet den erhabenen Theil, Sudan den tiefer

Abg. v. Seutter beantragte, es sei vorzuziehen, daß man bloß die Einkommensteuerklasse anzugeben hat, und nicht alternativ auch die Ziffer des Einkommens. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Ueber den weiteren Antrag desselben Abgeordneten, daß die §§ 4, 5 und 21 im Formulare abgedruckt werden, wurde die Reaffirmierung abgelehnt.

Abg. Fuz erklärte es für wünschenswert, daß dies wenigstens im Verordnungswege vorgekehrt werde.

Abg. Dr. v. Plener erklärte sich für die Specificierung der Einkommensquellen. Es wurde diesfalls von mehreren Abgeordneten ein Minoritätsvotum angemeldet.

Abg. Auspitz beantragte, es seien bloß die Passivzinsen von Hypothekenschulden anzugeben und infolge dessen hätte die Anmerkung: „Bei selbständigen Erwerbsunternehmungen steht es dem Steuerpflichtigen frei, in seinem Bekenntnisse bloß anzugeben, daß bei dem von ihm einbekannten Reineinkommen die unter 3 angeführten Lasten in Abzug gebracht worden sind, ohne den Betrag dieser Abzüge besonders anführen zu müssen“, im „Ausweise“ zu entfallen.

Abg. Dr. Menger beantragte, zur Anmerkung anzufügen: „Andere Abzugsposten als die sub 1, 2, 3 genannten brauchen nicht besonders angeführt zu werden.“

Der Antrag des Abg. Auspitz wurde mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen; ebenso der Antrag des Abgeordneten Dr. Menger.

Referent Dr. Beer beantragte, daß der Beschluß bezüglich der Besteuerung der Beamtengehälter und Activitätszulagen zurückgenommen werde. Dieser Antrag wurde genehmigt und daher der § 3 in der früheren Fassung wieder hergestellt.

Zu § 3 beantragte anstelle des letzten Absatzes der Referent folgende Fassung: „Von der nach den Bestimmungen dieses Gesetzes erhobenen Steuer dürfen Gemeinde-, Bezirks- und Landesumlagen nicht eingehoben werden.“

Abg. Fuz wies darauf hin, daß den Landtagen durch die Landesordnungen das Recht eingeräumt sei, von allen direkten Steuern Umlagen auszuscheiden, und es dürfte daher ohne Zustimmung der Landtage der Antrag des Referenten nicht durchführbar sein.

Abg. Graf Coronini beantragte bezüglich der Landesumlagen besondere Abstimmung.

Der Antrag des Referenten wurde hierauf angenommen.

Vom ungarischen Reichstage.

Die vom Abgeordneten Franzi jüngst wegen Vorlage der auf die orientalische Frage bezüglichen Actenstücke an die ungarische Regierung gerichtete Interpellation wurde in der Montagesitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vom Ministerpräsidenten Herrn von Tisza in nachstehender Weise beantwortet:

Der Minister weiß wol, daß durch den Gesetzkörper XII vom Jahre 1867 den Ministerien in beiden Staaten der Monarchie ein Einfluß auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten gesichert ist, und der Interpellant hat Recht, daß die Regierungen ihren betreffenden Parlamenten gegenüber verantwortlich sind, und eben weil der Minister hiervon überzeugt ist, hat er jederzeit der ihm hieraus erwachsenden Pflicht bereitwilligst entsprochen. Der gegenseitige Einfluß der beiden Regierungen aber auf die auswärtige Politik kann nicht weiter reichen, als auf die Hauptrichtung und Tendenz derselben, nicht aber auf

gelegenen.“ Im Sudan ist aber die Gegend am Tschad-See und die Borgu-Einsenkung die bis jetzt als am tiefsten bekannte Fläche. Sie liegen jedoch 200 Meter über dem Ocean, wie schon anfangs hervorgehoben worden ist.

Wenn wir zum Schluß noch des mehr als fabelhaften Projektes erwähnen, die ganze westliche Sahara unter Wasser setzen zu wollen, so geschieht das nur, um doch mit einem Worte diesen sinnlosen Plan zu beseitigen. Im Westen der großen Wüste besteht eine Landschaft, welche Djuf genannt wird, zu Deutsch: Bauch oder Einsenkung. Bloß auf diesen Namen hin hat ein Engländer, Mr. Mackenz, die Behauptung gewagt, es bestünde dort eine Einsenkung und dieselbe sei so umfangreich und tief, daß man die ganze westliche Sahara mit Leichtigkeit bis Timbuktü und Tuat würde unterwässern können. Seinerzeit wurde auf das Schwindelhafte eines solchen Projektes in den Petermann'schen Mittheilungen hingewiesen; trotzdem gelang es Herrn Mackenz in London, namhafte Summen zusammenzubringen, womit eine Untersuchung ausgeführt werden sollte, und später die Inundation selbst.

So geräuschvoll, wie die Expedition abgegangen, so klanglos ist sie zurückgekommen. Nach Camerons Worten, den ich in Brüssel darüber sprach, hat sich das ganze Unternehmen als Humbug herausgestellt. Also diejenigen, welche in der allgemeinen Unterwässerung der Sahara mit Desor und Escher v. d. Lind eine Verkälterung unseres europäischen Klima's, eine Vergletscherung der Alpen befürchten zu müssen glauben, können sich vollkommen beruhigen: eine Unterwässerung der Sahara ist absolut unmöglich.

(N. fr. Pr.)

Details und einzelne Maßnahmen. Die Vorlage der diplomatischen Actenstücke ist jedoch ein Factum, bezüglich dessen, was die Zeit der Vorlage und der vorzulegenden Documente betrifft, nur derjenige berechtigt sein kann, welcher selbst die auswärtigen Angelegenheiten leitet. Das könne auch gar nicht anders sein; denn welche Folgen würde es haben, wenn einmal im ungarischen, einmal im österreichischen Parlamente die Vorlage einzelner Documente gefordert würde?

v. Tisza bedauert daher, auf die Frage des Interpellanten verneinend antworten zu müssen. Es werden die diplomatischen Actenstücke seinerzeit den betreffenden Vertretungskörpern vorgelegt werden, und dann wird Gelegenheit vorhanden sein, falls man die Haltung der Regierung aus den Documenten als nicht befriedigend beurtheilen wird, das Ministerium im Reichstage zur Verantwortung zu ziehen. (Zustimmung im Centrum.)

Daniel Franzi erwiderte: Die Delegationen haben keinen genügenden Einfluß, wie dies ja der Umstand beweist, daß Graf Andrássy vor zwei Jahren bloß Conzularberichte und im letzten Jahre gar keine Documente veröffentlicht hat. Der Redner betont, er habe nur Documente über bereits vollendete Thatfachen gefordert, was gar keine Schwierigkeit bereiten könne; er nimmt die Antwort nicht zur Kenntnis.

Ministerpräsident Tisza wiederholte, daß im Sinne des Gesetzes den Regierungen der beiden Staaten auf die Richtung und Tendenz der auswärtigen Politik ein Einfluß zusteht, nicht aber auf einzelne Maßnahmen, zu welchen die geforderte Vorlage der diplomatischen Actenstücke gewiß gehört. Es wäre eine Inconvenienz, wenn man stückweise bald hier, bald dort Schriftstücke zur Beurtheilung fordern möchte. Der Vorredner behauptet, daß die Delegation die Ansicht des Hauses vertritt, aus deren Majorität sie hervorgegangen, und wenn die Delegation die auswärtige Politik befriedigend findet, so bedeutet dies so viel, daß auch die Majorität des Parlamentes dieser Ansicht ist. Die Rüge, welche der Vorredner gegen den Minister des Aeußern vorbrachte, weil derselbe in den letzten Jahren nicht genügende diplomatische Actenstücke vorlegte, sei durchaus unberechtigt, und Tisza erinnert an den Ausspruch Cavour's: „Man möge nicht darauf dringen, die Vorlegung der diplomatischen Actenstücke gesetzlich zu bestimmen, da, wo dies der Fall ist, ohnehin die ersten Sachen nicht zur Kenntnis gelangen; was veröffentlicht wird, kann ebenso gut in jedem Zeitungsartikel gelesen werden.“ Die Antwort des Ministerpräsidenten wurde hierauf mit großer Majorität zur Kenntnis genommen.

Hierauf stellte Ernst Simonyi seine bereits bekannte Interpellation betreffs der Agramer Vorgänge, welche der Ministerpräsident sofort in folgender Weise beantwortete: Der Minister hat sich über die Vorgänge in Agram einen offiziellen Bericht erstatten lassen, und will sich in seiner Antwort streng an den Standpunkt des Interpellanten halten. Es gibt wol niemanden im Hause, der sich darüber aufhalten könnte, wenn ein Mitglied des regierenden Hauses wo immer feierlich empfangen wird. Das fünfzigjährige Dienstjubiläum des Herrn Erzherzogs Albrecht, welches den Anlaß gab zu dem feierlichen Empfange in Agram, ist nicht, wie behauptet wurde, zu einem speziellen Zwecke inscenirt, sondern schon vor einem Jahre beschlossen und nur wegen Krankheit Sr. k. k. Hoheit vertagt worden. Der Herr Erzherzog wurde in Agram offiziell empfangen, die Stadt war mit österreichischen, ungarischen und kroatischen Fahnen geschmückt; diesbezüglich schenkt der Minister dem offiziellen Berichte mehr Glauben als Zeitungsnachrichten. Der Herr Erzherzog wurde von dem Banus mit einer Anrede begrüßt, die bereits im Wortlaute bekannt ist. Vor dem Hotel, wo Sr. k. k. Hoheit abgestiegen, waren verschiedene Vereine und die Schuljugend aufgestellt. Als der Herr Erzherzog vor dem Hotel ankam, spielte eine dort postierte bürgerliche Musikkapelle verschiedene Musikweisen und intonierte dann ein Musikstück, welches von einigen für die russische Hymne gehalten wurde. Die Kapelle konnte jedoch nicht zu Ende spielen, auf einen Wink des Erzherzogs mußte sie abbrechen. Als der Kapellmeister zur Verantwortung gezogen wurde, behauptete er, es sei das fragliche Musikstück von ihm selbst componirt, respective aus kroatischen Volksweisen zusammengestellt gewesen. Es lasse sich übrigens nicht leugnen, daß die Composition mit der russischen Hymne eine große Ähnlichkeit habe. Die kroatische Studentenschaft versuchte dem Erzherzog eine Adresse zu überreichen, doch wurde dieselbe nicht entgegengenommen. Wären in Agram von offizieller Seite russenfreundliche Ovationen erfolgt, so hätte der Minister gewußt, was seine Pflicht ist.

Das türkische Staatsbudget.

Diesertage wurde der ottomanischen Deputiertenkammer das türkische Staatsbudget für das laufende Finanzjahr vom 1./13. März 1877 bis 1./13. März 1878 mitgetheilt. Nach demselben sind die Einnahmen auf 3,945,069 Beutel, die Ausgaben auf 6,350,809 Beutel veranschlagt, also ein Deficit von 2,405,740 Beuteln (12 Millionen Lire oder etwa 216 1/2 Millionen Mark) in Aussicht gestellt. Ueber die etwaige Deckung dieses Deficits macht die Mittheilung des Finanzministeriums keinerlei Vorschläge. Zu dem

obigen Deficit kommen noch „außerordentliche Ausgaben“ im Belaufe von 2,500,495 Lire. Die Zinsen der Staatsschuld betragen 15,516,815 L., die schwebende Schuld beträgt 33,225,455 L., nämlich Pfandlehen 13,838,342 Lire, Zinsen und Amortisation der auswärtigen Staatsschuld, der consolidirten Schuld und der Schatzbons 18,138,577 L., und Rückstände für Bestellungen von Waffen, Munition und Panzerschiffen 1,248,536 L. Bei der Unmöglichkeit, unter den gegenwärtigen Umständen das oben angeführte Deficit zu decken, bleibt kein anderes Mittel, als die Suspension der Zinszahlung für die Staatsschuld, mit Ausnahme der von England und Frankreich garantierten Anleihe und der durch den ägyptischen Tribut gedeckten Anleihe. Rechnet man auf diese Weise 15 1/2 Millionen Lire von den Ausgaben ab, so bleibt ein Ueberschuß von 3,488,115 L., und zieht man 1,048,700 L. von dem in den Englischen Bank deponirten ägyptischen Tribut ab, der noch zu zahlen ist, so bleibt ein Ueberschuß von 2,439,115 L., der die außerordentlichen Kosten deckt.

Die Kriegsauslagen belaufen sich für die Armee auf 11,678,605 L., für die Artillerie auf 2,264,105 L. und für die Marine auf 586,485 L., im ganzen auf 14,529,195 L. In dem Ausgabenbudget figurieren: Zivilliste 1,073,545 L., Ministerium des Innern 2,869,720 L., Ministerium des Auswärtigen 165,537 L., Kriegsministerium 4 1/2 Millionen L., Artillerie 1,031,850 L., Marine 900,000 L., öffentlicher Unterricht 138,270 L., öffentliche Arbeiten 40,890 L., Polizei 171,355 L., Finanzen 512,265 L., Einziehung von Papiergeld 500,000 L., Zinsen und Kommissionen 689,000 L. Unter den Einnahmen figurirt: Grundsteuer 3,348,915 L., Militärsteuer 931,115 L., Zehent 6 1/2 Millionen L., Hammelsteuer 1,967,490 L., Tabak 1,107,325 L., Getränkesteuer 226,980 L., Abgabe von Grundeigenthums-Verkäufen 671,380 Lire, Stempel 201,310 L., Zölle 1,482,250 L., Seide 37,360 Lire, Salinen 843,250 L., Minen 86,605 Lire.

Politische Uebersicht.

Laibach, 16. Mai.

Im Laufe des nächsten Monats finden drei Ersatzwahlen für den österreichischen Reichsrath statt. Am 17. Juni wählt der Landwahlbezirk Bozen-Meran einen Abgeordneten anstelle des seines Mandates verlustig erklärten Freiherrn v. Seyffertitz. Am 18. Juni findet in Böhmen im Städtewahlbezirk Kromau-Kapitz anstelle des Abg. Kardasch die Nachwahl statt. Am 20. Juni endlich wählt der Städtewahlbezirk Brigen-Klausen-Sterzing einen Reichsraths-Abgeordneten anstelle des Herrn v. Zallinger, der sein Mandat niedergelegt hat. — Das Subcomité für das Zoll- und Handelsbündniß hielt gestern abends seine erste meritorische Berathung ab.

Die ungarische Quotendeputation hat sich vorgestern in Pest constituirt und Sclavay zum Präsidenten, Falk zum Referenten gewählt. Die Deputation wird am 25. d. M. noch eine Sitzung abhalten, sich sodann nach Wien begeben und dort am 28. d. M. zum erstenmale zusammentreten.

Die zu den Handelsvertrags-Negotiationen nach Wien entsendeten Commissäre der deutschen Regierung sind zur Berichterstattung über den Gang der schwebenden Verhandlungen nach Berlin berufen worden und gestern dahin abgereist. Die dadurch verursachte Unterbrechung der Verhandlungen wird voraussichtlich nur von kurzer Dauer sein, und ist nach deren Wiederaufnahme der regelmäßige Fortgang und ein baldiger und befriedigender Abschluß derselben in Aussicht zu nehmen.

Infolge der dringenden Vorstellungen Dupanloup's und der Mehrzahl der französischen Bischöfe verzichtete die Rechte des französischen Senates darauf, wegen des jüngsten Votums der Kammer gegen die Umtriebe der Klerikalen zu interpellieren.

Im englischen Unterhause ist vorgestern die Debatte über die Resolutionen Gladstone's geschlossen worden. Die erste Resolution wurde mit einer Majorität von 131 Stimmen abgelehnt, worauf Gladstone seine zweite Resolution selbst zurückzog. Die ganze Orient-Debatte, welche das Unterhaus über eine volle Woche beschäftigte, hat also, wie vorausgesehen war, mit dem vollständigen Siege des am Ruder stehenden Ministeriums geendet.

Französische Blätter brachten die Nachricht, daß im Hinblick auf eine ernstliche Verwicklung Englands in den Orientkrieg letzteres mit Spanien einen Pact geschlossen habe, wonach sich Spanien zu einer Gestellung von achtzigtausend Mann behufs militärischer Cooperation auf dem orientalischen Kriegsschauplatz verpflichtet habe. Diese Nachricht war durch ein Berliner Blatt dahin erweitert worden, daß England als Gegenleistung Spanien den Besitz von Cuba garantiert habe. Die spanische Gesandtschaft in Paris hat inzwischen diese Nachrichten amlich dementirt.

Die italienische Kammer beriet vorgestern den Gesetzentwurf über die Modificationen der Zivilliste. Die Motion Bertani, nach welcher die Administration der Zivilliste unter die Kontrolle des Parlaments gestellt werden sollte, wurde abgelehnt und der Gesetzentwurf mit 202 gegen 56 Stimmen angenommen.

Der Verein der Schweizer in Berlin gab am 13. d. dem neuen Schweizer Gesandten Rot ein Diner,

wobei dieser eine längere Rede über die inneren und äußeren Verhältnisse der Schweiz hielt und unter anderem sagte, die deutschen Staatsmänner hätten ihm erklärt, Deutschland werde alles aufbieten, damit der Krieg lokalisiert bleibe. Von der Gotthardbahn sagte er, das Unternehmen werde von den beteiligten Staaten unter keinen Umständen aufgegeben werden.

Eine offiziöse Petersburger Korrespondenz des „Nord“ führt noch einmal aus, daß Rußland mit dem gegenwärtigen Kriege den einzigen Zweck verfolge, das Los der Christen im Orient zu verbessern; es sei jedoch möglich, daß es nach Beendigung desselben „wirksamere Garantien“ hierfür verlangen werde, die indessen den Mächten vorgelegt werden würden. — Ein kaiserliches Dekret vom 8. d. verordnet die Mobilisierung des 3., 13. und 14. russischen Armeecorps und Einverleibung derselben in die active Donau-Armee, welche dadurch von sechs auf neun Armeecorps gebracht wird.

In Griechenland ist große Aufregung infolge der Nachricht hervorgerufen worden, daß es zwischen griechischen Grenztruppen und türkischen Wapostien nicht nur zu einem Zusammenstoße gekommen sei, sondern auch, daß es beiderseits Tode und Verwundete gegeben habe.

Die rumänische Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung folgende Gesetze angenommen, und zwar: Deckung der durch Requisitionen verursachten Ausgaben, Regelung der Stellung der Offiziere in Activität, endlich die Bewilligung eines Kredits von 247,000 Frs. als Hälfte der Equipierungsprämie für Offiziere auf dem Kriegsfuß.

Aus Serbien verlautet, daß infolge der Gotthardoff'schen Antwort und der von der serbischen Regierung bezüglich der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Serbiens gemachten Eröffnungen das Ministerium die Abreise Milans nach Petersburg beschloß; die Skopschtina ist für den 24. Mai einberufen.

Ein offizielles türkisches Telegramm bestätigt die zufällige Explosion des türkischen Monitors „Culfi Djelek“. Derselbe ist untergesunken, nur ein einziger Mann ist gerettet.

In Asien gibt sich die türkische Regierung alle Mühe, um die ihr erwachsenden Schwierigkeiten zu neutralisieren. So wird z. B. in Mesopotamien in allen Gotteshäusern der verschiedenen Religionssecten das Volk auf Befehl der Regierung aufmerksam gemacht, daß die türkische Regierung gar keinen Anlaß habe, gegen den Nachbarstaat Persien mißtrauisch zu sein, da die Beziehungen zwischen dem Hofe des Sultans und dem des Schah fortwährend die allerbesten seien. Es möge daher die Bevölkerung mit den unter ihr wohnenden Persern im friedlichsten Einvernehmen leben.

Der Bizekönig von Egypten, welcher dem Sultan Hilfsstruppen an die Donau senden soll und sendet, befindet sich am oberen Nil durch den Krieg mit Abyssinien und den Aufstand in Darfur selber in Bedrängnis. — Die ägyptischen Truppen in Darfur haben nach italienischen Berichten capituliert. — Ein Lloyd-Telegramm aus Alexandrien meldet, daß der Sohn des Khedive am 14. d. mit dem Lloyd-Dampfer „Vesta“ nach Triest abgereist ist.

Die Pest in Persien ist im Erlöschen begriffen, und da an der russischen Grenze keine Erkrankungsfälle vorkamen, hob der Statthalter Großfürst Michael den Sanitätscordons wieder auf.

Tagesneuigkeiten.

— (Ein moderner Phileas Fogg.) In der Manier des Phileas Fogg hat der erste Sekretär einer fremden Gesandtschaft in Wien eine Reise um die Welt angetreten. Der Unterschied liegt darin, daß Jules Verne's excentrischer Weltreisender zu seiner Tour bloß achtzig Tage brauchte, der Wiener Welttourist ließ sich mehr Zeit hierzu, er nahm vierzehn Monate — also eine mehr als fünfmal so lange Dauer — in Anspruch, allein Prolog und Epilog der Reise sind ganz à la Phileas Fogg. Als der bezeichnete Diplomat seine Reise antret, bezeichnete er den 11. Mai 1877 mit Bestimmtheit als den Tag seiner Rückkehr nach Wien. Daraus ist zu ersehen, daß er einige Stunden vor der Abreise eine Einladung zu Tische für den 11. d. M., 5 Uhr nachmittags, übermittelte. Die ersten und auch letzten Nachrichten von dem Reisenden waren aus Hongkong im Dezember 1876. Sonst gelangte keine Kunde von dem Reisenden nach Wien. Aber am 11. Mai 1877, kurz vor 5 Uhr, ist der Diplomat, wenige Stunden nach seinem Eintreffen in Wien, pünktlich zu dem Diner erschienen, zu welchem er vor mehr denn Jahresfrist die Einladung angenommen hatte.

— (Ein historischer Postillon.) Diefertage starb in Karlsbad der weit und breit bekannte Postillon Wolfert; er gehörte zu den Wahrzeichen der Spandelsstadt, und sein überreichliches Korn verführte durch ein Vierteljahrhundert hindurch die Ankunft eines hohen Gastes in Karlsbad; es war eine Ovation, vom Wolfert nach Karlsbad hergeführt zu werden, es wurde Robe, sich von ihm fahren zu lassen. Und er hat Könige und Kaiser gefahren und Dichter begeistert. Die Gräfin Wimpfen, geb. Cseke, schreibt der „Spindel“ — nahm ihn vor Jahren nach Wien und ließ sein musikalisches Talent ausbilden, und der ehemalige österreichische Bundesstabsarzt Graf Münch-Bellingshausen schenkte ihm ein kleines Album, das er bei seinen Fahrten persönlich verzeichnet findet. Die Reihe allerhöchster Persönlichkeiten — unter denen König Wilhelm von Preußen und der Kaiser von Brasilien, Fürst Schaumburg-Lippe — eröffnete weiland König

Otto von Griechenland; Labislaus Birkner und General Narvaez haben sich auf derselben Seite eingezeichnet, Bismard und Reichberg, Persigny, Gortschakoff, Lord Russell, von der Pforten, Nonher, Benedetti, Grammont, Variatinoff, Aftolcobe, Murawiew, Lamarmora, Molke folgen rasch nach einander, Davison und Devrient haben sechs Blätter zwischen einander gelegt, obgleich sie an demselben Tage mit dem Wolfert saßen; die Literatur ist durch Knerbach, Herwegh, Gerwinus, Stifter, Charlotte Birch-Pfeiffer, Wallner, Richard (Paris) mit manch sinnigem Vers vertreten, und Julius Walter hat ihm in seinen „Spandelssteinen“ eine „Postillon-Postengeschichte“ gewidmet.

— (Interessanter Rechtsstreit.) Auf der Reustadt in Prag hatte eine Partei eine größere Wohnung inne, welche ihr von dem Hauseigentümer mit Jacobi-Termin vorigen Jahres gekündigt wurde. Die Partei verweigerte jedoch im letzten Quartale ihrer Mietzeit den Quartiersuchenden den Eintritt in die Wohnung. Der Hauseigentümer klagte den Miethsherrn. Dieser berief sich in der Einwendung auf den § 354 a. b. G. B. und behauptete, daß durch den Eintritt von Parteien in seine Wohnung er als factischer Besitzer in seinem Rechte, mit der Substanz und den Nutzungen einer Sache nach Willkür zu verfügen, beeinträchtigt werde; in dem abgeschlossenen Bestandvertrage sei jenes Recht zudem vom Hauseigentümer nicht ausbedungen worden. Der Hauseigentümer wieder berief sich auf den § 14 der kaiserlichen Verordnung vom 16. November 1858, indem er in der Beweisführung des Eintritts der Miethsuchenden eine Gefahr erblickte, daß die Wohnung unvermietet bleibe, und stellte das Petition, den Miethher unter Androhung einer Geldstrafe zu verhalten, daß dieser Miethsuchenden den Eintritt gestatte. Das k. l. Bezirksgericht erkannte denn auch im Sinne dieser kaiserlichen Verordnung, daß die Miethspartei bei einer Geldstrafe von 100 fl. den Quartiersuchenden in der Zeit von 10 bis 1 Uhr den Eintritt zu gestatten habe. Denn — so heißt es in der Entscheidung — es sei evident, daß zur ordentlichen Verwaltung von Miethobjekten die Wiedervermietung gekündigter Wohnungen gehört, und daß eine derartige Wiedervermietung nur dann mit Erfolg möglich ist, wenn den Miethparteien die Besichtigung ermöglicht wird. In dem Vorgange des Miethers liege im gegebenen Falle eine den Hauseigentümer benachteiligende Handlung, da aber ein, nach dem Umfange und der innern näheren Beschaffenheit dem einen Contractanten unbekanntes Miethsobjekt ein Miethvertrag in der Regel nicht abgeschlossen werden kann. Gegen diese Entscheidung brachte die Miethspartei den Recurs an das Oberlandesgericht ein, welche jedoch denselben abweislich beschied.

— (Attentat.) Auf der Piazza della Scala in Mailand spielte sich diefertage eine blutige Szene ab. Die Fräulein Enrichetta und Dico Sacchi, Professordochter, und Fräulein Rosa Bellatti, Tochter des Generalassessors der Provinz Pavia, gingen vormittags plaudernd über den Platz, als plötzlich ein Lastträger über sie herfiel und mit einer abgebrochenen Säbelklinge wüthend auf sie einhieb. In einem Augenblicke bluteten alle drei an zahlreichen Wunden. Rosa Bellatti flüchtete sich in das nächste Haus, aber der Angreifer verfolgte sie auch dahin und brachte ihr an Hals und Nacken mehrere Wunden bei. Ihre beiden Freundinnen flohen in das Café dell' Accademia, hinter ihnen drein der Fachino, den der Geschäftsinhaber durch einen wichtigen Dieb mit einem Stuhl zu Boden schmetterte, als derselbe eben auch auf ihn einbrang. Man bemächtigte sich des Wüthenden nur mit Noth, und als das geschah war, hatte die Polizei Mühe genug, sein Leben zu bewahren und ihn hinter Schloß und Riegel zu bringen. Im Verhöre antwortete der Mensch auf die Frage, was ihn bewogen, die drei jungen Damen zu überfallen, es sei noch nicht die Zeit gekommen, dies zu sagen. Man hielt ihn im ersten Augenblicke für wahnsinnig, bis sich herausstellte, daß er wegen ähnlicher Attentate bereits zweimal verurtheilt worden. Die jungen Damen haben ihn früher noch nie gesehen. Am schlimmsten ist Fräulein Bellatti, ein Mädchen von seltener Schönheit, mitgenommen; ein Dieb spaltete ihre Oberlippe, daß die Zähne sichtbar sind.

Lokales.

Aus dem Sanitätsberichte des Laibacher Stadtphysikates

für den Monat März 1877.

entnehmen wir folgende Daten:

I. Meteorologisches: Luftdruck: Monatmittel 730.53 mm.; Maximum am 3. d. M. 742.26 mm. um 7 Uhr früh; Minimum 718.94 mm., den 8. d. M. um 7 Uhr.

Lufttemperatur: Monatmittel + 3.2° C.; Maximum am 30. d. M. + 16.9° um 2 Uhr, Minimum am 12. d. M. — 11.8° um 7 Uhr.

Dunstdruck: Monatmittel 5.1 mm.; Maximum am 30. d. M. 8.9 mm. um 2 Uhr; Minimum am 2. d. M. 1.5 mm. um 2 Uhr.

Feuchtigkeit: Monatmittel 83.7%, Minimum 36% den 2. d. M. um 2 Uhr.

Bewölkung: Monatmittel 6.5 (nach dem Verhältnisse 1:10) wolkenlose Tage 7, theilweise bewölkt 8, und ganz bewölkt 16 im Monate März.

Windrichtung: In d. M. wurde 11mal Windstille beobachtet, vorherrschend war SW. 35mal und O. 15mal beobachtet. Windstärke über 5 war nur am 2. d. M. beobachtet.

Niederschlag: Deren gab es 12, und zwar 4 Schneetage, Maximum am 26. d. M. innerhalb 24 Stunden beobachtet 15.00 mm. Regen, die Summe der Niederschläge 54.90 mm.

Das Tagesmittel der Temperatur war 17mal unter und 14mal über dem Normale, am tiefsten am 12. d. M. um 10.1° und am 20. d. M. 6.8° über denselben.

Morgenroth war nur 1mal, Morgennebel 5mal und Abendroth 3mal wahrgenommen.

II. Morbilität: Diefelbe war gegen den Vormonat in Zunahme begriffen. Vorherrschend war der entzündliche katarrhale Charakter. Lungenentzündungen, besonders katarrhale bei Kindern, gelangten sehr häufig zur Behandlung. Darmkatarrhe traten häufiger als sonst in dieser Jahreszeit auf, Verschlimmerungen der Tuberkulose gelangten häufig, oft mit letalem Ende zur Behandlung. Unter den zymotischen Krankheiten kommen Keuchhusten und Diphtheritis ohne epidemischen Charakter vereinzelt vor; dagegen trat die contagiose Ohrspeicheldrüse und Halbdrüsenentzündung (Mumps) mit leicht epidemischem Charakter, doch in ungefährlicher Weise, besonders unter den Schülern der Volksschulen auf.

III. Mortalität: Diefelbe war gegen die Vormonate in entschiedener Zunahme. Es starben nämlich in diesem Monate 91 Personen (gegen 71 im Monate Februar d. J. und gegen 77 im Monate März 1876.) Von diesen waren 47 männlichen und 44 weiblichen Geschlechtes, 62 Erwachsene und 29 Kinder; daher das männliche Geschlecht um Geringes, die Erwachsenen jedoch mit Zweidrittheilen an der Mortalität participierten.

Das Alter betreffend wurden:

tobt geboren	3
starben im 1. Lebensjahre	8
vom 2. bis 14. Jahre	18
„ 14. „ 20. „	0
„ 20. „ 30. „	10
„ 30. „ 40. „	9
„ 40. „ 50. „	10
„ 50. „ 60. „	14
„ 60. „ 70. „	9
„ 70. „ 80. „	7
„ 80. „ 90. „	3
Summe	91

Die Todesursache in Rücksicht auf das Alter betreffend, wurden:

tobt geboren 3 Kinder; es starben: im 1. Lebensjahre 9 Kinder, und zwar: an Fraisen 3; an Lungenentzündung 2; an Schwäche, acuter Tuberkulose, Durchfall und Wasserkopf je 1 Kind;

vom 2. bis 20. Jahre 17 Personen, und zwar: an Luftröhrentzündung und Keuchhusten je 3; an Zehrfieber, Fraisen und Basilar-Meningitis je 2; an Tuberkulose, Wasserkopf, Diphtheritis, Lungenödem und Phämie je 1 Person;

vom 20. bis 60. Jahre starben 43 Personen, und zwar: an Lungentuberkulose 9; an Lungenentzündung 7; an Wassersucht 5; an Gebärmutter-Blutsturz (Placenta praevia), Lungenlähmung, Chron. Darmkatarrh, Lungenemphysem je 2; an Zehrfieber, Phämie, Magenkrebs, Lungenödem, Herzlähmung, Bright'scher Nierenkrankheit, Herzfehler, Pleuritis, Krebsbroskrasie, Lungenbrand, Brustwassersucht, Darmtuberkulose, Bauchwassersucht und Chron. Hirnhautentzündung je 1 Person;

über 60 Jahre alt 19 Personen, und zwar: an Marasmus und Tuberkulose je 4; an Wassersucht und Lungenlähmung je 2; an Lungenentzündung, Wechselstieber, Pneumothorax, Krebs der Speiseröhre, Brustwassersucht, Lungenödem und Darmkatarrh je eine Person.

Häufigste Todesursachen: Tuberkulose 15mal, d. i. 16.5 Prozent; Lungenentzündung 10mal, d. i. 11.1 Prozent; Wassersucht 7mal, d. i. 7.7 Prozent; Keuchhusten und Bronchitis je 3mal, d. i. 3.3 Prozent aller Verstorbene. Diphtheritis trat 1mal als Todesursache auf.

Der Verfalligkeit nach starben: im Zivilspitale 40 Personen; im Elisabeth-Kinderspitale 2 Kinder; in der Stadt und den Vorstädten 49 Personen.

Diese letzteren vertheilen sich, wie folgt: Innere Stadt 15, Peterstortstadt 3, Polana 5, Kapuziner-vorstadt 7, Grabiska 3, Krakau und Tirnau 11, Karlsstädtervorstadt und Pöhnerdorf 4, Moorgrund 1. (Schluß folgt.)

— (Ernennungen.) Der Conceptspraktikant Ludwig Markgraf von Marangi wurde zum provisorischen Regierung-Conceptisten in Krain ernannt. — Zu Steueramtsadjuncten in der XI. Rangklasse in Krain wurden ernannt: die Steueramtspraktikanten Friedrich Martinic, Wilhelm Knifj, Leopold Kpé, Anton Koschar, Bartholomäus Kilar und Franz Satz.

— (Gemeinbewahl.) Bei der am 29. April l. J. in der Gemeinde Podreška des politischen Bezirkes Stein stattgehabten Neuwahl des Gemeindevorstandes wurden Vincenz Janusch, Postmeister in Bir, zum Gemeindevorsteher, Josef Stupica, Handelsmann in Bir, und Lukas Potovar, Grundbesitzer in Kolitschon, zu Gemeinderäthen gewählt.

— (Laibacher Gemeinderath.) Morgen nachmittags um 5 Uhr findet im städtischen Rathsaale eine öffentliche Sitzung des Laibacher Gemeinderathes mit nachstehender Tagesordnung statt: I. Berichte der Personal- und Rechtssection: 1.) über die Belassung eines Erziehungsbeitrages für eine Beamtenwaise; 2.) über die Pensionierung eines Sicherheitswachmannes. II. Berichte der Schulsection: 1.) über die Verleihung eines Places der Franz-Josef-Stiftung an einen Real-schüler; 2.) über die Anweisung des Beitrages für 1877 für die gewerbliche Fortbildungsschule. III. Berichte der Finanzsection: 1.) über die Steuervergütung an zwei Effigfabriken für das Jahr 1876; 2.) über die geschehene Beschaffung von Zigaretten für die

